# Rhodesien

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141732

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

mehr war seit Jahren jedem bekannt, der sich angelegen sein liess, die Wahrheit zu erfahren. Sicher ist, dass es zehntausenden von Soldaten in Vietnam bekannt ist. Der Saigoner Korrespondent der Londoner «Times» gab folgenden Kommentar zu den Enthüllungen über amerikanische Massenmorde in Vietnam: «Man spürt, dass viele davon Kenntnis haben und sich sagen, «There, but for the grace of God, go I» («Es ist reiner Zufall, dass ich nicht selbst hier vor Militärgericht stehe»).

Die militärgerichtliche Verfolgung von einzelnen Subaltern-Offizieren ist darum ganz unzureichend. Sie werden einfach zu Sündenböcken gemacht. Die gemeineren Kriegsverbrecher sind die militärischen und zivilen Führer der höchsten Ränge, sie sind die Verantwortlichen der ganzen Politik des Genozids. Haben wir denn schon vergessen, wie Johnson ganz freimütig sich rühmte, dass er und McNamara und ihre engsten Kollegen beim Frühstück im Präsidenten-Palais die Ziele für die nächste Woche auswählten.

Aus dem gleichen Grund ist es lächerlich, den Vorschlag zu machen, es solle von Regierungsseite oder von Angehörigen der Militärkräfte eine Untersuchung durchgeführt werden. Das ganze Establishment ist schuldig, jene gemässigten Politiker inbegriffen, deren jede Äusserung von Vorsicht und heimlichem Ehrgeiz geprägt ist. Goldbergs Forderung (Goldberg ist ein früherer USA-Botschafter bei der UNO) nach einer Untersuchungskommission von «besorgten, patriotischen Amerikanern» wäre eine lächerliche Belanglosigkeit, wenn sie nicht zugleich als Mittel diente, die ganzen Scheusslichkeiten zu vertuschen. Nur eine Untersuchung durch das Pentagon selbst könnte noch schlimmer sein. Da ich zweifle, ob überhaupt in den Vereinigten Staaten eine Untersuchung möglich ist, die nicht dem schwersten behördlichen Druck ausgesetzt wäre, habe ich etwa 15 Staatsoberhäupter in allen Teilen der Welt ersucht, den Generalsekretär der UNO dazu zu bringen, eine Untersuchung der Kriegsverbrechen in Vietnam durchzuführen.

Verschiedene amerikanische Zeitungen haben die Beobachtung gemacht, dass die Reaktion auf die Massaker-Enthüllungen bei Westeuropäern viel schneller und schärfer einsetzte als in den Vereinigten Staaten. Dies ist höchst alarmierend, denn damit steht das ganze amerikanische Volk unter Anklage. Wenn jetzt nicht ein echter moralischer Abscheu die Schuldigen zur Verantwortung zieht für das, was in ihrem Namen der Bevölkerung von Vietnam angetan wird, so ist wohl nicht viel Hoffnung für die Zukunft Amerikas. Es genügt nicht, die Schlächterei nicht mehr fortsetzen zu wollen. Es gibt nur eines: das amerikanische Volk muss seine zivilen und militärischen Führer heute aufs schärfste ablehnen.

*Aus «Rainbow Sign», der Zeitschrift des Vietnam-Moratorium-Ausschusses (4. März 1970)*

## Rhodesien

Ende 1965 erklärte Jan Smith einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens, worauf der Ministerrat der Afrikanischen Union (OAU) beschloss, alle Mitglieder seiner Union sollten die diplomatischen Beziehungen zu Rhodesien

abbrechen. Diesen Beschluss befolgten aber nur 9 Staaten der afrikanischen Union. Seither ist Ian Smith noch einen Schritt weiter gegangen und hat am 1. März Rhodesien zur Republik erklärt, womit er auch die letzte Bindung zum Britischen Commonwealth löste. Rhodesien hat also heute ein weisses Minderheitsregime; eine halbe Million Weisser dominieren eine schwarze Mehrheit von 4 Millionen.

### *Reaktion der Schwarzen Afrikaner*

Die afrikanische Staatengruppe in den UN verurteilte aufs schärfste die Proklamation der Republik Rhodesiens und sprach die Erwartung aus, dass keine Regierung diese «sogenannte» Republik anerkennen werde. Der internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG), in welchem auch Schwarze vertreten sind, forderte seinerseits den Sicherheitsrat zu strengen Massnahmen gegen Rhodesien auf.

Ein Komitee der OAU, bestehend aus Vertretern Algeriens, Äthiopiens, Kenias, Mauretaniens und Sambias, wurde beauftragt, einen Resolutionsentwurf auszuarbeiten. Den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, der Bundesrepublik sowie anderen westeuropäischen Ländern und Japan wirft der Ausschuss «Komplizenschaft» mit Südafrika, Portugal und Rhodesien vor. Er empfiehlt dem Ministerrat der OAU, diese «imperialistischen» Länder aufzurufen, von «ihrem schändlichen Tun» abzulassen.

*Die Einstellung Amerikas Rhodesien gegenüber* ist von grosser Bedeutung. Auf seiner fact-finding Tour besuchte *Staatssekretär Rogers* zehn der afrikanischen Hauptstädte. Es war dies das erstemal, dass afrikanischen Staaten eine solche Ehre widerfuhr und zeigte die Wichtigkeit, die Amerika dem schwarzen Kontinent beimisst. Als er sich in Kinshasa (Kongo) aufhielt, charakterisierte er Amerika als das Land, das sich bemühe, politische Freiheit für schwarze Bevölkerungen zu sichern, die noch unter weisser Herrschaft leben. Die einzige Bedingung für Amerikas Hilfe sei, dass keine Gewalt angewendet werde.

*Präsident Nixon* anderseits ging nicht so weit in seinem Weltüberblick Ende Februar. Er verurteilte die Apartheid mit ein paar Worten, wollte aber nichts von Gewaltanwendung wissen und sagte auch nichts weiter von politischer Freiheit für die Schwarzen. Seine Rede wurde in Südafrika und Rhodesien als «realistisch» und «erfreulich» bezeichnet. Das Versprechen von Rogers fand in der Presse Südafrikas und Rhodesiens keine Erwähnung.

Nachdem nun die USA ihr Generalkonsulat in Rhodesien geschlossen haben, scheint es, als ob sie die Worte Rogers honorieren wollten. Die Schweiz hat bekanntlich ihren konsularischen Vertreter nicht abberufen.*

Der Schweizerische Missionar, *Michael Traber,* der wegen seiner Unterstützung der Schwarzen aus Rhodesien ausgewiesen wurde, wurde vom Präsidenten der Rhodesischen Bischofskonferenz, Mgr. *Donat Lamont,* zum Flugplatz begleitet. Bischof Lamont kritisierte scharf die rhodesische Regierung wie auch die neue Verfassung. «*Die wahren Terroristen* im Lande seien die-

* Die Schweiz hat seither ihr Konsulat in Salisbury geschlossen. Red.

jenigen, die die neue Verfassung ausgearbeitet hätten, welche die wichtigsten Prinzipien der Gerechtigkeit verletzt.» Er erinnerte daran, dass auch das Regime Mussolinis Priester ausgewiesen habe, die sich gegen die faschistische Zensur gewandt hätten. Die Massnahme gegen Michael Traber zeuge von gleichem Geiste. *Red.*

## Es geht uns alle an

*Gedanken zum Nah-Ost-Konflikt*

Der Anschlag auf das El-Al-Passagierflugzeug in Kloten und die Katastrophe von Würenlingen haben uns erschreckend zum Bewusstsein gebracht, dass wir mit den Konflikten der Israeli und der Araber direkt und auf drastische Weise konfrontiert sind.

Es darf forthin keine nur theoretische Frage mehr sein und bleiben, dass wir in der Schweiz am Geschehen in diesem Konflikt im Nahen Osten mitzureden haben.

Wir wollen uns hüten, Partei zu ergreifen für die Forderungen der einen oder anderen Seite.

Stellen wir den Menschen und seine Existenzberechtigung an erste Stelle . . . , das bedingt, dass nicht militärische Macht und Terrorismus ausschlaggebend sein dürfen, für das Recht zu leben.

Hass und Missgunst, «legale» oder «illegale» Kriegsführung, sind Schuldfaktoren und kein Weg zu einem gedeihlichen Neben- und Füreinander in menschlicher Beziehung.

Es sollte doch möglich sein, die altverwurzelten Begriffe und Vorurteile im Osten, wie das Recht des «Erstgeborenen» (das hüben und drüben eine so grosse Rolle spielt) zurückzustellen, um aus ganz neuer Sicht heraus *heute* eine Welt aufzubauen, die gerecht ist und aus Gegnern Partner macht.

Nicht Gewalt soll ausschlaggebend sein, um Besitz zu rechtfertigen.

Gemeinsame Arbeit und Aufbau eines Landes oder der Länder in wirtschaftlich-technischer und kultureller Hinsicht sollte zur Klärung der menschlichen Beziehungen und deren Festigung beitragen. Politische und religiöse Bekenntnisse und Rassenfragen dürfen nicht zur Diskriminierung des Menschen dienen.

Die Möglichkeit einer Verständigung ist gegeben und liegt im Menschen selbst – vorausgesetzt, dass er sich bewusst wird, dass: «Gott da ist, wo etwas grösser ist als Du selbst.» (L. Ragaz)

*F. Heim*

## Warnung vor Rassenhass

Freiburg, 26. Febr. (sda). Der Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, *Mons. François Charrière,* der Präsident des Synodalrates der evangelisch-reformierten Kirchen des Kantons Freiburg, *Fritz Brechbühl,* und der Präsident der israelitischen Gemeinde von Freiburg, *Jean Nordmann,* haben eine